

51. Jahrgang

CAUX Information

3-4/99

März-April

Zweimonatszeitschrift, herausgegeben
von der Moralischen Aufrüstung

Hoffnung in den Städten

In dieser Ausgabe

VOR HUNDERT JAHREN... ...fiel der Beschluss zum Bau des <i>Caux-Palace</i>	3
PORTRÄT: Mutter für Berlins Minderheiten Was sich Barbara John, Ausländerbeauftragte von Berlin, für ihre Stadt und das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen wünscht	4-5
HOFFNUNG IN DEN STÄDTEN: USA Ketchup oder Salsa? Aktivisten der Initiative aus zwölf Städten treffen sich in Richmond, Virginia	6-7
Persönlich: Eine beunruhigende Diagnose und ihre Folgen	8
AGENDA Hoffnung in den Städten – Caux 1999: Internationale Städte-Konsultation vom 30. Juli bis 5. August – Beilage zum Sommerprogramm	9-10
AN ORT UND STELLE Strassburg: Begegnungen im Europaparlament	11
Australien: Neues Buch über Konfliktlösung	11
Frankreich: Ein Schulinspektor plaudert aus der Schule	14
Indien: Kurzmeldung über einen Kurs	15
ZUM NACHDENKEN Das leibliche Israel Muss Landbesitz zu Spannungen und Krieg führen oder kann er auch verbindend wirken? Gedanken des Rabbiners Marc Gopin, Professor für Konfliktforschung in Washington DC	12-13
MEDIEN: Worauf beruht Glaubwürdigkeit? Ein Medien- und Pressetag in London, organisiert von der <i>Financial Times</i>	15-16

Liebe Leserin, lieber Leser

Hoffnung in den Städten: Wie vereinbaren wir diese mit den stets steigenden Problemstatistiken, die uns nicht nur aus den Metropolen der USA oder Südamerikas erreichen, sondern auch aus unsern europäischen Grossstädten?

Das Faszinierende an den Berichten – sei es aus Richmond oder aus Berlin –, die wir Ihnen zu diesem Thema weitergeben, ist die Tatsache, dass sie sich nicht auf nüchterne Zahlen oder Entwicklungsprognosen abstützen, sondern auf praktische, tägliche Erfahrungen. Es sind Erlebnisse von Menschen, die sich weder von den Problemen geschlagen geben noch versuchen, den beängstigenden Tatsachen mit blauäugigen Theorien zu begegnen. Sie sind zwar besorgt über die Zustände, aber fühlen sich ihnen nicht ausgeliefert. Was sie auf persönlicher Ebene oder in der Gemeinschaft erleben, führt sie zur Feststellung, dass es in den Städten tatsächlich Hoffnung gibt. Hoffnung, die wächst, wenn einzelne

Menschen über Angst und Reaktionen hinaus kreativ werden, sich mit anderen zusammenschliessen, die ähnliche Anliegen haben, und... alles Weitere lassen wir Sie, liebe Leser, in den Seiten dieser Ausgabe selber entdecken.

Ähnlich ergreift es den Organisatoren eines internationalen Pressetages: Die Journalisten, die sich dort trafen, teilen die Besorgnis über gewisse Tendenzen in der Medienberichterstattung, die auch viele von uns Lesern beunruhigt, aber auch sie betrachten sich nicht als «ausgeliefert».

Vor einiger Zeit bedankte ich mich in einem Brief bei einer Reporterin für ihre mehrjährige, äusserst sorgfältige und einfühlsame Berichterstattung über das Leben der Menschen in einer konfliktgeladenen Region, die mein Mann und ich vor Ort durch gute Freunde dort etwas verstehen gelernt haben. Ich schrieb dieser Berichterstatte-rin eines öffentlichen Mediums, dass wir sie in unser Gebet einschliessen würden, «falls Ihnen dies etwas bedeutet». Ihr schnelles Echo schloss mit der Bemerkung, eine solche Unterstützung werde ihr «sogar sehr viel bedeuten».

Der Frühling, die Osterzeit illustriert die Hoffnung auf einen Neuanfang mitten in den schwierigsten Situationen und gibt uns auch die Chance, in uns selbst und in andern diese Hoffnung auf Heilung, auf das Spriessen neuen Lebens zu bestärken:

Wir können dem neuen Leben durch Ermutigung, durch positive Echos, durch Unterstützung, finanziell oder anders – auch mitten in einem verwahrlosten Grossstadtquartier oder im scheinbar zynischsten Medienprogramm – zum Wachsen verhelfen.

Mit besten Frühlings- und Osterwünschen von der Redaktion

Marianne Spreng

Impressum

Redaktion

Marianne Spreng-von Orelli,
Verena Gautschi, Christoph Spreng

Administration und Redaktion

Postfach 4419, CH-6002 Luzern,
Telefon 041-311 22 13, Fax 311 22 14

Bestellungen für Deutschland nimmt entgegen

MRA Bücherdienst, Eggemann,
Uhlandstrasse 20, D-45964 Gladbeck

Abonnement

Schweiz: Fr. 32.-, Deutschland:
DM 42.-, übrige Länder: sFr. 37.-

Postcheckkonten

Schweiz: 60-27255-8,
CAUX-Information, 6002 Luzern

Deutschland:

2032-751 Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75,
CAUX-Information, CH-6002 Luzern

Erscheinungsweise

zweimonatlich

Druck

Brunner AG, Verlag · Print · PubliShop*,
6010 Kriens

Fotos

AusIBB, Bräckle, Spreng, UNO, White

Die CAUX-Information

berichtet über Initiativen, die

- ◆ Wunden der Geschichte heilen
- ◆ die moralische und geistige Dimension der Demokratie stärken
- ◆ den Einzelnen und die Familie fördern
- ◆ ethisches Engagement in Beruf und Unternehmen unterstützen
- ◆ Gemeinsinn und Hoffnung in den Städten beleben
- ◆ Verbindungen zwischen Menschen verschiedener Kulturen schaffen

EINE HOTELFIRMA WIRD GEGRÜNDET

Wussten Sie, dass am 11. Februar 1899 die *Société Immobilière de Caux S.A.* gegründet wurde? Diese Gesellschaft mit Sitz in Montreux hob noch im selben Jahr das berühmte Projekt *Caux-Palace* aus der Taufe und begann im folgenden Jahr mit dem Bau jenes Hotels, das seit 1946 als Konferenzzentrum für Moralische Aufrüstung dient.

Die Gesellschaft wurde am 13. Februar ins Handelsregister eingetragen, um mit einem Aktienkapital von CHF 2'500'000 versehen Grundstücke erwerben, Hotels und andere Immobilien erstellen und betreiben zu können. Unter dem Vorsitz von Ami Chessex gehörten dem ersten Verwaltungsrat Philippe Faucherre, Albert Cuénod, Louis Emery, Alexandre Emery, Léon Perret, Edouard Sandoz, Henri du Pasquier, Emile Vuichard, Georges Masson und Alfred Châtelanat an. Ausser ihnen gab es damals keine andern Aktionäre. Bei Baubeginn beschafften sie sich dann mit einer Obligationsanleihe weitere 3 Millionen Franken.

Architekt des Caux-Palace war Eugène Jost, der an der *Ecole des Beaux-Arts* in Paris studiert und die Hauptpost in Lausanne, den Bahnhof von Montreux und mehrere Hotelkomplexe der Region geschaffen hatte.

Die hier abgebildete Aktie der *Société Immobilière de Caux S.A.* lässt ahnen, welches Schicksal ihr nach zwei glorreichen Gründungsjahrzehnten beschieden war: Zwischen 1919 und 1936 musste der Nominalwert der Aktien viermal herabgesetzt werden – von den ursprünglichen 500 auf einen Franken.

Mit dem Kauf des Caux-Palace und seiner Eröffnung als Konferenzzentrum für Moralische Aufrüstung im Jahre 1946 übernahmen dessen Gründer auch den Verwaltungsrat der Gesellschaft, die dann am 4. Oktober 1960 aufgelöst wurde, «um das System der zweigeteilten Verantwortung für Caux zu

beenden», wie es Daniel Mottu von der schweizerischen Stiftung für Moralische Aufrüstung später formuliert.

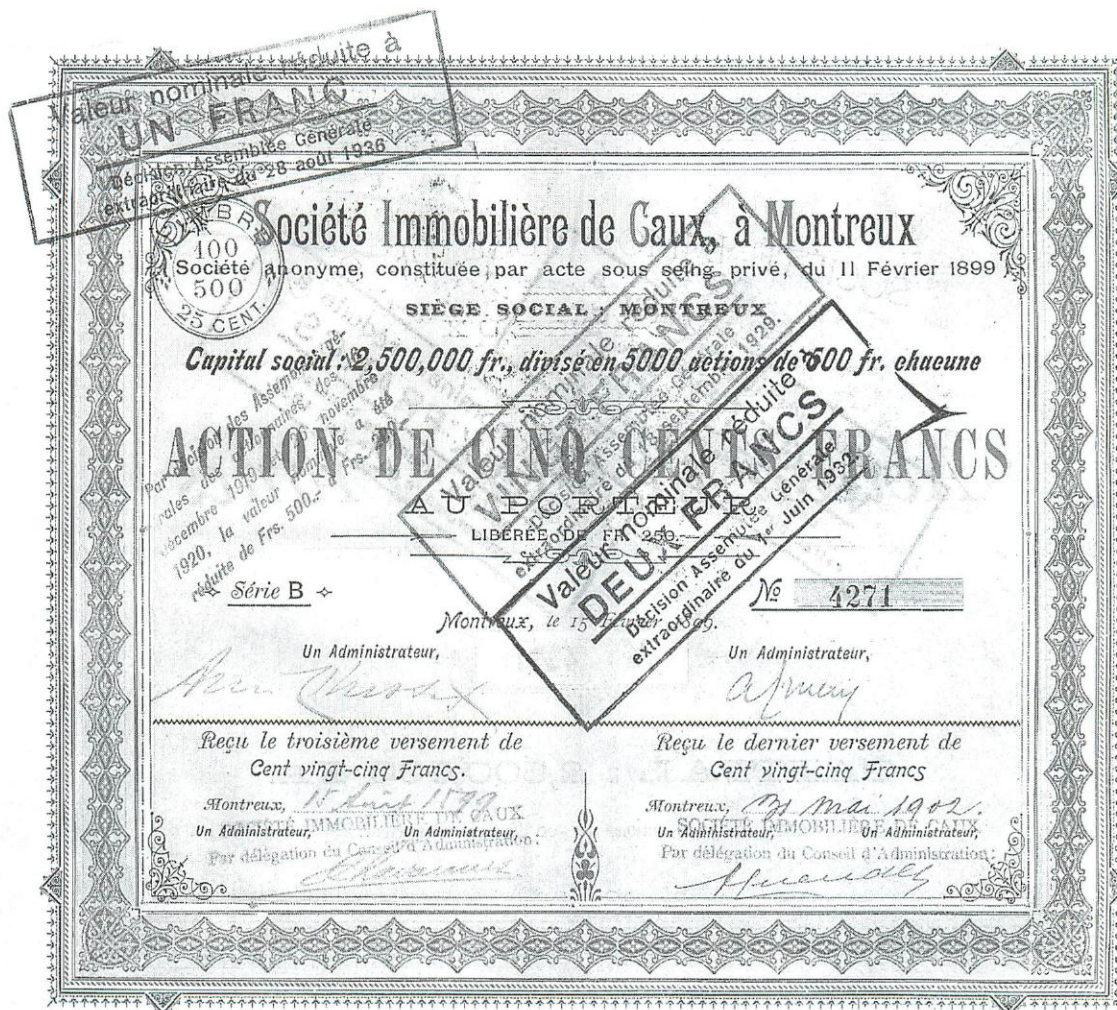
Ausserhalb der Konferenzsaison werden die Räumlichkeiten des Zentrums seit Januar 1995 von der *Swiss Hotel Management School SHMS* gemietet.

Seit 1996 steht dem Publikum wenige Schritte vom Bahnhof Caux entfernt die Ausstellung **CAUX expo** zur Verfügung, welche die bewegte Geschichte des Palace-Hotels nachzeichnet. Die **CAUX expo**

wird dieses Frühjahr durch einige der Gründungsdokumente der *Société Immobilière* von 1899 bereichert. Zudem wird die Ausstellung um einen neuen thematischen Abschnitt erweitert.

cbs

Quellen: Philippe Mottu, Caux – von der «Belle Epoque» zur Moralischen Aufrüstung (Caux Verlag) und unveröffentlichte Manuskripte von Andrew Stalylbrass und Daniel Mottu.



Die hundertjährige Aktie

Mutter für Berlins Minderheiten

Unser englischer Kollege Michael Smith von *For a Change, London*, besuchte kürzlich Berlin und traf dort eine Frau, die für den Abbau der Mauern zwischen den Bevölkerungsgruppen der deutschen Hauptstadt wirkt. In den folgenden Zeilen fasst er das Gespräch zusammen und beschreibt seine Eindrücke von der Stadt:

Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer landete ich in Berlin und entdeckte eine pulsierende, neue Stadt im Aufbau. Am Potsdamer Platz wächst ein Wald von Baukränen, mit deren Hilfe die Vorzeigebüros und Einkaufszentren wie z.B. jene von Sony und Daimler-Benz entstehen. Berlin gilt als grösster Bauplatz Europas.

Von der Mauer übrig geblieben sind nur noch kleine Teile, und am ehemaligen Grenzübergang Checkpoint Charlie befinden sich elegante Schaufenster nebst dem Museum, welches dem gewaltlosen Widerstand gewidmet ist, eine markige Erinnerung an die Opfer und die wagemutigen Fluchtversuche während des Kalten Krieges.

Das Reichstagsgebäude mit seiner Glaskuppel ist beeindruckend renoviert und wird am 23. Mai zur Wahl des Bun-

despräsidenten wieder eröffnet. Am selben Tag werden auch die 50 Jahre der am Rhein gegründeten Republik gefeiert. Lange hatte das 1933 ausgebrannte Gebäude als Zeichen des Zusammenbruchs der Weimarer Republik und damit der parlamentarischen Demokratie gegolten.

Berlin, während Jahrzehnten das Symbol des gespaltenen Europa, ist im Begriff, die Drehscheibe eines neuen Europa zu werden, das sich rasch auf seine kulturelle und politische Integration zu bewegt, auch wenn sich Briten, Franzosen, Polen und Russen vielleicht nur mühsam mit diesem Gedanken anfreunden können.

Laut einer Statistik leben in Berlin 160 000 türkische Muslime, es beherbergt 72 000 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, dazu kommen 30 000 Polen und 13 000 Zugewanderte aus Russland

und der Ukraine, viele von ihnen Juden. Es wird vermutet, dass hinter diesen Zahlen wohl noch viel mehr verborgen sei, die Schwarzarbeitenden zum Beispiel.

Wie bei uns in Grossbritannien wurde die Einwanderung von Gastarbeitern in die Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren gefördert, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu unterstützen. Damals ging man davon aus, dass Arbeitswillige aus den Mittelmeerländern «für zwei bis vier Jahre kommen und danach wieder heimkehren würden», erklärt Barbara John, Ausländerbeauftragte der Stadt Berlin. Diese Prognose traf auf die Portugiesen und Griechen zu, nicht aber auf die Türken, die heute ein Drittel der Zugewanderten verkörpern.

Kulturelle Mauern

Frau John erwähnt, Deutschland heisse jährlich 300 000 Einwanderer willkommen, mehr als jeder andere EU-Staat. Zu ihnen gehören die Aussiedler (Nachkommen deutscher Auswanderer früherer Jahrhunderte) und über 100 000 Flüchtlinge aus aller Welt. Kosovo-Albaner und



Berlin-Mitte, Abendstimmung an der Spree

andere Flüchtlinge aus ex-jugoslawischen Krisenregionen machen heute etwa 20% der ausländischen Bevölkerung Berlins aus.

Barbara John ist dafür zuständig, die kulturellen Mauern zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen abzubauen. Als grossherzige Frau ist sie wie eine Mutter für die Minderheiten und geniesst Achtung über die kulturellen und politischen Schranken hinweg. Sie ist seit 1981 im Amt und bearbeitet mit einem Stab von 30 Personen und einem Jahreshaushalt von 10 Millionen DEM die vielfältigen Probleme, mit denen die Einwanderer konfrontiert sind, welche ihr Büro aufsuchen: Aufenthaltsbewilligungen, Konflikte zwischen Nachbarn, Nachzug von Ehepartnern und Rekurse gegen Ausschaffungsverfügungen. Diese Aufgabe ist angesichts der bundesweiten Arbeitslosenzahl von 4 Millionen nicht einfacher geworden; unter der Ausländerbevölkerung Berlins betrage sie 30%, doppelt so viel wie der städtische Durchschnitt, was die soziale Integration behindere. Es entstehe eine sprachliche Ausgrenzung, die Leute lebten in armen Vierteln, sie hätten keine Chance für bessere Jobs und dazu komme, dass Arbeitsplätze in Billiglohnländer wie Tschechien und Polen verlegt würden. Dies alles führe zu mehr Spannung zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Frau John hofft auf die Einlösung des Versprechens der Bundesregierung, Investitionen für 100 000 neue Lehrstellen zu tätigen. Nachfrage bestehe zum Beispiel



Barbara John: «Vielfalt ist eine Stärke...»

30% betrage: «Die Entlassung älterer Kräfte zieht nicht unbedingt jüngere nach, und Erfahrung lässt sich nicht automatisch ersetzen.»

auch durch interne Probleme der türkischen Bevölkerung: eine Gruppe ist in der Türkei von der Regierung verboten...

Zusätzliche Sicherheit

Eine weitere Sorge der Minderheiten ist die Staatsbürgerschaft. Die neue Bundesregierung versprach, sie werde diese innert Jahresfrist den Enkeln von Einwanderern automatisch gewähren, vorausgesetzt, dass ein Elternteil in Deutschland geboren ist. «Kinder, die hier zur Welt kommen, sollen dann die Staatsbürgerschaft automatisch kriegen, wenn die Papiere ihrer Eltern ordentlich geregelt sind», meint Frau John. Der deutsche Reisepass werde ihnen ein zusätzliches Gefühl der Sicherheit geben.

Frau John bezeichnet die Behauptung, die deutsche Staatsbürgerschaft sei schwer zu erlangen, als Mythos. Es seien bloss 100 Mark zu entrichten und man müsse nicht einmal ein Sprachexamen ablegen. Die Anträge würden deshalb nicht ge-

«Vielfalt ist eine Stärke: für den Tourismus, für die Wirtschaft und die Gemeinschaft; man kann ihr stets etwas abgewinnen. Wir müssen den negativen Bildern entgegenwirken, die aus ihr eine Gefahr ableiten. Ein Hasenherz hat an der Vielfalt keine Freude.»

im Bereich der Computerbranche. Mit der berühmten «Green Card» erteile die USA Tausenden von EDV-Technikern Aufenthaltsbewilligungen. «Deutschland würde eine solche Wirtschaftseinwanderung nicht zulassen», meint Frau John. Es sei ihr nicht möglich, die Auswirkungen der vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Senkung des Rentenalters auf 60 abzuschätzen, meint sie, verweist aber auf Italien, wo das Rentenalter schon bei 60 liege und die Jugendarbeitslosigkeit dennoch über

Eine andere brennende Frage ist der Religionsunterricht für muslimische Schulpflichtige. Dank einem Gerichtsentcheid erhielt unlängst die Islamische Föderation, eine von drei muslimischen Vereinigungen Berlins, die Erlaubnis zur Erteilung dieses Unterrichts. Die Föderation hatte sich seit Jahren um Erlaubnis bemüht. Die Regelung konnte getroffen werden, weil sich die Berliner Zuständigkeit in dieser Sache von jener des Bundes unterscheidet. Kompliziert wird die Lage

Berlin, Fortsetzung



Berlin

stellt, weil sie den Verzicht auf die vorherige Staatsangehörigkeit einschließen «und dazu sind viele nur ungern bereit», meint sie. Die Gastarbeiter besäßen, schon ihre vollen sozialen Rechte; mit der Staatsangehörigkeit erlange man hingegen auch das Stimmrecht. Nun schlägt die SPD vor, dass alle, die es wünschen, den ursprünglichen Pass behalten und das **Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft** erlangen können. Barbara John würde dies zwar begrüßen, stellt aber fest, dass dies nach Meinung vieler Deutscher einen Schritt zu weit ginge.

«Das gehört zum Job»

Einen Handlungsbedarf sieht die Ausländerbeauftragte auch im Arbeitsrecht, damit Einwandernde sofort die Bewilligung zur Arbeit und zum Eröffnen kleiner

Firmen erhielten. Derzeit dürfen zwar in Berlin geborene Türken ihre Ehepartner nachziehen lassen, aber diesen stehe eine Arbeitsbewilligung erst nach vier Jahren zu. Bis man ein Geschäft eröffnen dürfe, könne es sechs bis acht Jahre dauern. «Sie benötigen wirtschaftliche und soziale Bürgerrechte ebenso wie die gesetzlichen. Eine verbesserte Beschäftigungsmöglichkeit wäre meines Erachtens ein wesentlicher Fortschritt.» Sie ist der Ansicht, dass sich für die einheimische Mehrheit daraus keine grossen Probleme ergeben sollten, «da die meisten der in Frage kommenden Einwanderer schon seit 20 oder 30 Jahren hier sind.»

Frau John ist bekannt als Vermittlerin. «Das gehört zum Job», erklärt sie pragmatisch. Laut ihr gehört Vermittlung zunehmend zur Politik, «weil unsere Gesellschaft durch die Spaltung zwischen den Generationen, den Gewinnern und Verlierern, den Mehrheiten und Minderheiten mehr und mehr auseinanderfällt. So braucht es überall Vermittler.»

Sie wünscht sich, dass die Mehrheit die Anwesenheit anderer Kulturen schätzen lerne: «Die Vielfalt ist eine Stärke, und zwar nicht nur für den Tourismus, sondern auch für die Wirtschaft und die soziale Gemeinschaft; man kann ihr stets etwas abgewinnen. Wir müssen den negativen Bildern jener entgegenwirken, die aus ihr eine Gefahr ableiten. Ein Hasenherz hat an der Vielfalt keine Freude.» Das ist – zum Glück der Berliner – nicht Barbara Johns Problem! Ihre Freunde bestätigten mir, dass sie allseits geschätzt wird.

Mit Berlin als Drehscheibe des neuen Europa verbindet Barbara John die Hoffnung, dass ihre Stadt zum Modell der Interkulturalität werden möge.

Michael Smith
Übersetzung: CAUX-Information

Nach

Auch in den US-Kongresswahlen vom letzten November hätten Minderheiten wieder eine entscheidende Rolle gespielt, sagte Michael Wenger, einer der Architekten von Präsident Clintons Initiative zur Rassenfrage. Wenger sprach kurz nach den Wahlen vor 300 Teilnehmern an einem Frühstücksforum in Richmond, Virginia.

Neunundfünfzig Afro- und Hispano-Amerikaner waren in den Kongress gewählt worden, und die Stimmen von Minderheiten hatten den Ausschlag für umkämpfte Senatssitze in New York, Kalifornien, Nord- und Südkarolina gegeben.

Die *Salsa* (span.-italien. für Sauce, auch ein Musikstil, die Red.) sei dabei, den *Ketchup* zu überrunden, scherzte Wenger, indem er ein anschauliches Bild vom Umbruch in der Rassendemographie Amerikas zeichnete. «Veränderung ist unumgänglich. Wachstum ist willensbedingt», bemerkte er. Während ein ethnischer Schrumpfvorgang in bosnischer Grössenordnung unwahrscheinlich sei, «können wir uns einzig davor schützen, denselben Weg nach unten einzuschlagen, wenn wir über unsere Ängste hinausgehen. Dies bedingt, in den Spiegel zu schauen, ohne mit der Wimper zu zucken, und zu den Schmerzen zu stehen, die einige von uns erlitten haben, und genauso zum Leid, das einige von uns ändern zugefügt haben.»

Dies werde für weisse Amerikaner schwieriger sein, fuhr er fort, denn «es wird bedingen, dass wir uns das unverdiente Vorrecht, mit dem wir gelebt haben, seit dieses Land gegründet wurde, eingestehen und es aufs Spiel setzen».

Minenfeld entschärfen

Die einzige Art, das Minenfeld der Rassenspannungen zu entschärfen, meinte Wenger, sei «durch ein aufbauendes Gespräch, in dem wir miteinander reden, statt aufeinander einzureden. Deshalb ist die Arbeit von Programmen wie *Hoffnung in den Städten* so dringend notwendig.»

Indem er die Rolle dieser Arbeit im Rahmen der Rasseninitiative des Präsi-



Der Deutsche Dom in Berlin

dem Ketchup die Salsa?



In Chicago

denten lobend erwähnte, forderte Wenger die Zuhörenden heraus, sich zu fragen: «Was unternehme ich, um mitzuhelfen, ein ganzes Amerika zu erreichen? Was tue oder unterlasse ich womöglich, das zu einer Verzögerung dieser Reise führt?»

Sieben Busladungen von Mittelschülern beteiligten sich an der alljährlichen «Wanderung für Einigkeit» durch Richmond, die dazu beitragen will, die schmerzlichen Erinnerungen an die Sklavenzeit zu heilen. Beim Zwischenhalt am Denkmal für die konföderierten (südstaatlichen, die Red.) Soldaten und Matrosen sagte Robin Reed, Direktor des Weissen Hauses von Richmond und des Museums der Konföderation, die Geschichte gehöre allen. «Sie kann eine spirituelle Ratgeberin werden und braucht nicht ein Gespenst aus der Vergangenheit zu sein.» An der Stätte des Sklavengefängnisses von Lumpkin sagte Henry Marsh, seinerzeit Richmonds erster afroamerikanischer Bürgermeister, das Programm *Hoffnung in den Städten* habe «mir und dieser Stadt geholfen, innerlich zu wachsen». Er ermunterte die Zuhörenden, ihren Feinden die Hand entgegenzustrecken.

Nicht rein zufällig

Aus zwölf Grossstädten, in denen das Programm mit Hilfe einer Spende der Kellogg-Stiftung Partnerschaften aufbaut, waren führende Vertreter verschiedener Volksgruppen gekommen, um zusammen mit den Leuten aus Richmond an einem Trainings- und Teambildungskurs im ökumenischen Zentrum *Richmond Hill* teilzunehmen.

Neun von ihnen kamen aus Selma, Alabama, unter der Leitung des Präsidenten des Stadtrates, Josef Abdus-Salam. Zu ihnen gehörten ein Journalist, eine Nonne, ein führender Jurist sowie die 88jährige Annie Lee Cooper, die sich einst während eines Bürgerrechtsmarsches feindlich gesinnten Abgeordneten entgegengestellt hatte und heute in einer Strasse wohnt, die nach ihr benannt ist. Abdus-Salam meinte, es sei ein «göttlicher Eingriff», dass er – lediglich einige Wochen zuvor – etwas über *Hoffnung in den Städten* gelesen habe.

Ziel der zwei Tage war es, die zentralen Anliegen der Initiative zu betonen: ihre geistige Grundlage, den «Gang durch die Geschichte» als Mittel zur Heilung

sowie die entscheidende Bedeutung des offenen und ehrlichen Gesprächs.

Carter & Carter

Der Bürgermeister von Richmond, Tim Kaine, ein vom mehrheitlich schwarzen Stadtrat gewählter Weisser, schloss sich der Tagung an und zollte den Afroamerikanern Anerkennung dafür, dass sie im Ausbruch aus der rassenbedingten Politik die führende Rolle übernommen hätten. «Dies, die Arbeit von *Hoffnung in den Städten*, ist die wichtigste Arbeit, die wir in der Stadt tun», erklärte er.

Ein ergreifender Moment ereignete sich bei einer Heilungszeremonie, die unter einer 350jährigen Eiche auf der Shirley-Plantage am Ufer des James River stattfand. Hier stand der gegenwärtige Plantagenbesitzer, C. Hill Carter jun., neben dem schwarzen Sänger Joe Carter aus Minnesota, dessen Urgrossvater, «Big Bill», als Kind von Sklaven in Richmond zur Welt gekommen war – vielleicht sogar, wie Carter meinte, auf eben dieser Plantage.

Robert Corcoran

Das Signal

An einem Juliabend 1995 um acht rief uns Frau Dr. Carney an: Ob sie vorbeikommen könne, um das Ergebnis der Computertomographie zu besprechen, der sich mein Mann Ralph zwei Stunden zuvor hatte unterziehen müssen.

Die nächsten zwanzig Minuten sausten vorbei, während wir das Haus aufräumten und vorgaben, in den USA würden Ärzte schliesslich oft Hausbesuche machen, und indem wir es vermieden, über die Bedeutung dieses Besuches zu sprechen. Die Ärztin kam mit einem Fachbuch in der Hand und umarmte uns nacheinander. «Ralph hat einen Gehirntumor», teilte sie uns mit.

Erstaunlich, wie sehr vier Wörter das restliche Leben verändern können, indem sie unsern Zeitbegriff, Sinn und Ziel neu ausrichten. Ralph und ich hatten soeben über drei Monate damit verbracht, von Spezialist zu Spezialistin zu gehen, um den Grund seiner allmählichen Erblindung zu ermitteln. Innerhalb dieser Zeit hatte er zwei Drittel seiner Sehkraft und beinahe das ganze Farbenssehen verloren. Wir fürchteten uns vor dem, was das Leben uns bereithalten könnte.

Damals war ich schon 23 Jahre bei der Stadtverwaltung von Richmond (Virginia) angestellt. Oft hatten Ralph und ich besprochen, was wir in sieben Jahren tun würden, wenn ich mit einer recht guten Pension in den Ruhestand ginge. Mir gefiel der öffentliche Dienst. Ob als Grafikerin, Umweltbeauftragte oder Assistentin des Bürgermeisters – ich war von meiner Arbeit erfüllt und gefordert und hatte das Gefühl, meiner Stadt zum Besten zu dienen.

Mein Mann ist Umweltpräsentator und Parkverwalter der Stadt. Unser beider Leben ist auf die freie Natur ausgerichtet, sei es beim Kanufahren, Wandern oder gelegentlichen Langlauf. Wir sind begeisterte Vogelfreunde und lieben wildwachsende Blumen. Wunder der Natur zu sehen und miteinander zu teilen hatte schon immer den Mittelpunkt unseres Zusammenlebens gebildet. Überdies waren wir dank unsern beiden Einkommen zum erstenmal finanziell recht gut dran. Oft hatten wir darüber gesprochen, wie dankbar wir für unser Leben waren, das uns soviel Gutes gebracht hatte.

Kurswechsel

«Gehirntumor» – einige Augenblicke lang widerhallte das Wort in unserem Wohnzimmer. Dr. Carney erklärte uns, der Tumor schiebe sich von unten gegen die Sehnerven beider Augen. Sie empfahl uns, am nächsten Morgen einen Neurochirurgen aufzusuchen.

Vier Tage nach jenem Hausbesuch hatte Ralph eine Hirnoperation. Am Tag danach war seine Sehkraft voll wiederhergestellt, und nach einer Woche war er wieder zu Hause, erholte sich gut, war ganz selig und mochte nicht warten, bis er wieder zur Arbeit konnte. Seine vollständige Erholung dauerte ein halbes Jahr, aber von Tag zu Tag ging es ihm besser. Für uns beide war es ein lautes und deutliches Wecksignal.

Nach Ralphs Operation wurde uns bewusst, dass niemandem sieben weitere Lebensjahre – oder auch nur Tage – zugesagt sind. Die Endlichkeit der Zeit wurde für uns beide handgreiflich. Während ich mich zu Hause um Ralph kümmerte, wuchs in mir das deutliche Gefühl, es sei an der Zeit, mich der frei-

willigen Arbeit mit dem Programm «Hoffnung in den Städten» zu widmen, von dem ich mich seit Jahren angesprochen fühlte, wobei ich immer den Eindruck gehabt hatte, wir könnten uns den Lohnabfall erst nach meiner Pensionierung leisten.

Aber diesmal hatte Gott meine Aufmerksamkeit gewonnen! Zwei Wochen nach Ralphs Operation reichte ich der Stadtverwaltung meine Kündigung ein. Ich fühlte mich völlig wohl dabei – kein Zögern, keinen Kummer und keine inneren Ängste.

Schon immer glaubte ich daran, dass Gott so zu uns spricht, wie wir es am besten hören können. Da ich praktisch schon immer dickköpfig war, musste er sich bei mir laut bemerkbar machen, sonst hätte ich seinen Ruf vielleicht nicht beachtet.

Während jener Zeit mussten Ralph und ich manche Entscheidung treffen – wie wir unsere Finanzen neu ordnen sollten, welche Dinge wir nicht wirklich brauchten und welche wir behalten sollten. Aber diese Entscheidungen erwiesen sich als einfach.

Was anfangs so bedrohlich geschehen hatte – ein Gehirntumor –, sehen wir heute als Segen an. Jeden Tag erwachen wir mit Dankbarkeit für einen weiteren Tag.

Cricket White



Cricket und Ralph White



Internationale Städtekonsultation

**PARTNER AUF DEM WEG ZU VERSÖHNUNG
UND GERECHTIGKEIT;
UNTERSTÜTZUNG JENER, DIE GEMEINSCHAFT AUFBAUEN**

Freitag, 30. Juli (17 Uhr) - Donnerstag, 5. August 1999 (18 Uhr)

Konferenzzentrum für Moralische Aufrüstung, Caux, Schweiz

HOFFNUNG IN DEN STÄDTEN

In einer Welt der Sofortkommunikation, der massiven Wanderungsbewegungen und des unkontrollierten globalen Finanzwesens sind unsere Grossstädte multiethnische, multikulturelle Laboratorien geworden, wo Begriffe wie Identität, Partnerschaft, Gerechtigkeit und Versöhnung neu erarbeitet werden müssen. Sie befinden sich auf der Messerschnede der Veränderung.

Eine Menge Energie, Phantasie und Mittel werden in die Neubelebung der Städte gesteckt. Doch dies allein genügt nicht. Führende Experten des Städtewesens sind sich einig, dass es keine strukturelle Zauberformel zur Lösung der anstehenden Probleme gibt. Der Schlüssel liegt in Menschen und Beziehungen. Es geht darum, Vertrauen und Zusammenarbeit zu schaffen, aus dem Spiel der gegenseitigen Anklage auszubrechen. Jeder und jede kann am Veränderungsprozess teilhaben - im Überwinden der Angst und im Zugehen auf jene, die anders sind.

In zahlreichen Grossstädten finden sich Menschen dank mutigem Einsatz verschiedenster Gruppen zum offenen und ehrlichen Gespräch zusammen. Sie entdecken, wie sie schmerzliche geschichtliche Ereignisse zugeben und so ein Instrument zur Heilung der Beziehungen von lange getrennten Gemeinschaften finden können. Partnerschaften entstehen über Gräben hinweg, die zuweilen unüberbrückbar schienen.

Wie können solche Initiativen unterstützt und ermutigt werden? Brückenbau ist eine harte und gefährliche Arbeit. Die Bauenden sind verletzlich, der Druck aller Art ist gross, die geforderte Geduld und Beharrlichkeit übermenschlich. Wo Menschen verschiedenen Glaubens sich zusammentun, um Gottes gerechte Ordnung auf lebendige Art umzusetzen, stellt sich eine Dynamik des Geistes ein. An vielen städtischen Fronten werden sich Menschen bewusster, welche Energie freigesetzt wird, wenn persönliche Haltungen und Beziehungen sich ändern.

Die Konsultation sucht sich von der Erfahrung von Menschen aus aller Welt zu nähren, die wirksame Initiativen entwickelt haben - sei es auf Quartier-, städtischer oder nationaler Ebene. Indem wir die Geschichten und Erfahrungen anderer anhören und unsere eigenen erzählen, indem wir auf eine Weisheit horchen, die über die unsrige hinausgeht, können wir Kraft und Ausrichtung für unsere gemeinsamen Aufgaben finden.

“Um negative Klischees zu überwinden, müssen wir über die Trennlinien der Rassen hinweg miteinander kommunizieren - und zwar ehrlich. Dies bedingt, in den Spiegel zu schauen, ohne mit der Wimper zu zucken, und zu den Schmerzen zu stehen, die einige von uns erlitten haben, und genauso zum Leid, das einige von uns andern zugefügt haben.”

Michael R. Wenger, ehemaliger Vizedirektor der präsidentiellen Initiative zur Rassenfrage, USA.



Internationale Städtekonsultation in Caux, Schweiz Seite 2

“Für uns in Krisensituationen ist es wichtig, dass wir Herz und Geist offen behalten und allen Beteiligten zuhören. Durch unser Zuhören helfen wir nämlich den Menschen, einer Lösung auf die Spur zu kommen. Es ist ein mühseliger Vorgang, aber es ist wesentlich, dass wir den Willen haben und es wagen, die Kette von Hass und Rache zu sprengen.”

Sushobha Barve, Öffentlichkeitsarbeiterin und Städte-Koordinatorin im Mohalla-Komitee von Mumbai, Indien

“Die Unternehmen müssen für die Gemeinwesen, in denen sie angesiedelt sind, Verantwortung übernehmen. Ich bin überzeugt, dass es sehr viele begabte Menschen gibt, die in der Gesellschaft ihren Beitrag leisten wollen, aber nicht wissen wie. Partnerschaften sind ein Kanal, der ihnen hilft, sich einzubringen. Verpflichtung und Vertrauen sind die Elemente, die sie zur Arbeit befähigen.”

Bill Midgley, Präsident der Nordost-Handelskammer, England

FOREN UND ATELIERS WERDEN SICH BEFASSEN MIT:

- Training und Unterstützung zum Aufbau von Gemeinschaft: Erforschung der gemeinschaftsfördernden Fertigkeiten, die notwendig sind, um die ganze Gemeinschaft mit einzubeziehen.
- Ehrliche Gespräche über Rassenfragen, Versöhnung und Verantwortung - Fallbeispiele aus der Arbeit von *Hoffnung in den Städten* in den USA.
- Europa und seine muslimischen Gemeinden - auf der Suche nach dem gemeinsamen Wohl.
- Erfahrungen von Partnerschaft zwischen Ethnien und Rassen: in Ramle (Israel), Witbank (Südafrika) und mehreren andern Städten.
- Versöhnung und Gerechtigkeit: von persönlicher zu institutioneller Änderung.
- Gesellschaftliche und geistliche Erneuerung - neue Herausforderungen für die Jahrtausendwende.

Koordination:

Paige Chargois, Rob Corcoran, Lawrence Fearon, Gerald Henderson
E-Mail: ghenderliv@aol.com

Anmeldeformulare finden Sie im Hauptprogramm der Caux-Sommerkonferenzen 1999:
“Reinen Tisch machen - die Chance eines Neubeginns”

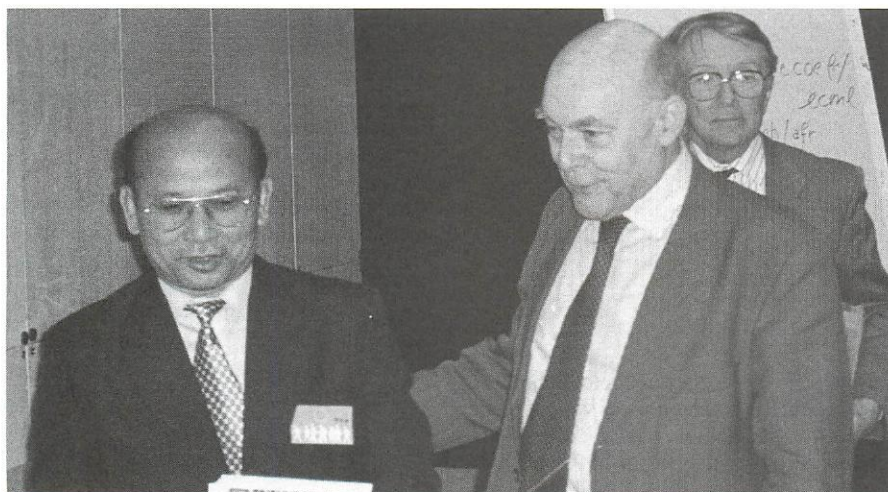
Konferenzsekretariat (ab 1. April 1999)

Mountain House, CH-1824 Caux (Schweiz)

Tel.: +41 - (0)21 - 962 91 11 Fax: +41 - (0)21 - 962 93 55

E-Mail: confsec@caux.ch Internet: <http://www.caux.ch>

«Versöhnung» in Strassburg



Lao Mong Hai, Direktor des Demokratie-Instituts (Kambodscha), mit Fernand Herman in Strassburg

Die *Agenda für Versöhnung*, ein seit 1996 wiederkehrendes Thema der Konferenzen in Caux, ist vor kurzem zu einer der fortlaufenden MRA-Initiativen für Veränderung ausgebaut worden (siehe Internet <http://www.caux.ch/afr>). Während der Februartagung des Europäischen Parlaments in Strassburg trafen sich zwei Dutzend Personen zur Vorbereitung der diesjährigen Konferenzwoche der *Agenda für Versöhnung (Afr)* vom 8.–15. August. Dabei ergriffen sie die Gelegenheit, verschiedene EU-Abgeordnete und andere Persönlichkeiten über die Initiative zu informieren.

So empfing auch Adrien Zeller, Präsident des elsässischen Regionalrates, die Besucher. Er berichtete über die fortwährenden Anstrengungen, die in einer Grenzregion wie dem Elsass notwendig sind, um alte Feindbilder abzubauen, die «auch nach fünfzig Jahren» wieder auftauchen, weil nicht alle Bewohner der Region in der Lage seien, «die stattfindenden Veränderungen mitzumachen». Zur *Agenda für Versöhnung* meinte Zeller: «Für solche Aktionen müssen Sie sich an Menschen aller Schichten wenden.»

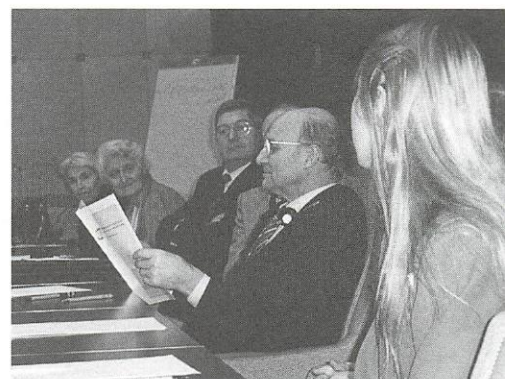
Der britische Abgeordnete James Moorhouse liess sich und seine französische Mitarbeiterin ausführlich über die *Afr* informieren und meinte, diese Initiative sei «ohne Einschränkung bewundernswert».

Mehr Transparenz

Der belgische EU-Abgeordnete und Wirtschaftsprofessor Fernand Herman

vermittelte den Gästen einen Überblick über die zu lösenden Aufgaben im Experiment der Europäischen Union. Er möchte das föderative System nach dem schweizerischen Muster übertragen und das Subsidiaritätsprinzip verankert sehen. Auch müsse klar festgelegt werden, wer wem Rechenschaft schulde, denn, so Herman: «Angefangen mit den Römer Verträgen über jene von Maastricht bis hin zu jenen von Amsterdam ist das Ganze immer undurchsichtiger geworden.» Herman gehört einer internationalen Gruppe von 26 Persönlichkeiten an, die der *Agenda für Versöhnung* als Berater zur Verfügung stehen, wie übrigens auch die beiden Botschafter a. D. Helmut Wegner (Deutschland) und Edouard Brunner (Schweiz).

Der Präsident der paritätischen Versammlung des Lomé-Abkommens zwischen der EU und den sogenannten AKP-Staaten (über 70 Ländern Afrikas, des Karibischen und Pazifischen Raumes), Lord Henry Plumb, kam auf die Motivation zu reden, die einen Landwirt wie ihn zum aktiven Politisieren ausserhalb der britischen Inseln bringe. Als junger Mensch habe er im Zweiten Weltkrieg die Zerstörung der Stadt Coventry miterlebt, und eines seiner stärksten Erlebnisse sei gewesen, als ein paar Jahre später der Bischof von Berlin eingeladen wurde, in der behelfsmässig erstellten Kirche von Coventry zu predigen. Derzeit setzt sich Plumb für eine vernünftige Korrektur des freien Weltmarktes ein, wie sie die Lomé-Verträge für den Bereich der Landwirtschaftserzeugnisse festschreiben.



Adrien Zeller, Regionalpräsident des Elsass, nimmt das Dokument der «Agenda für Versöhnung» entgegen

«Konflikte und Lösungen» in Melbourne

Einen «Wegbereiter australischer Aussenpolitik» nannte die *Canberra Times* den im letzten November verstorbenen Regierungsberater Allan Griffith.

Mitte Februar wurde im Melbourn Institut für Internationale Beziehungen sein letztes Buch, *Conflict and Resolution*, lanciert, das er kurz vor seinem Tod fertigstellte. Anschliessend an seine Laufbahn als Regierungsberater dokumentiert er darin jene Situationen der jüngsten Vergangenheit, in denen die Schritte vom Krieg zum Urnengang zustande kamen, wie zum Beispiel in Simbabwe, Namibia und Kambodscha.

Sir Zelman Cowan, ehemaliger Generalgouverneur Australiens, rief bei der Lancierung des Buches Allan Griffith als einen «integren, enthusiastischen Menschen» in Erinnerung.

General John Sanderson, Chef der australischen Landstreitkräfte und von 1991 bis 1993 Kommandant der UNO-Friedenstruppe in Kambodscha, erklärte: «Der Autor fordert uns auf, der Zukunft mit der Gewissheit entgegen zu sehen, dass wir auf sie einwirken können, sofern wir uns von einer tiefen moralisch-geistlichen Sorge für unsere Mitmenschen leiten lassen. Dieses Buch kennzeichnet ihn selbst als solche Person.» Sanderson wünschte dem Werk «breite Anerkennung als historischer Text und ebenso als Vorlage zur Gestaltung internationaler Beziehungen».

Tom Ramsay

cbs

Das leibliche Israel

In den zwei vorhergehenden Ausgaben wurde an dieser Stelle ein spannender, anspruchsvoller Weg zur inneren Freiheit aufgezeigt. Diesmal gilt unsere Aufmerksamkeit der gesellschaftlichen Dimension der Spiritualität. Der nachfolgende Text erschien erstmals in der jüdischen Zeitschrift *Tikkun* im Rahmen einer Artikelserie zum 50. Jahrestag des Staates Israel. In diesen Zeilen spricht der Autor, ein orthodoxer Rabbiner und Dozent an der George-Mason-Universität in Washington, ein aktuelles, spezifisches Problem an; doch die hier behandelten Fragen dürften sich in der einen oder anderen Form jedem Mitglied einer Staatengemeinschaft aufdrängen.

Der Judaismus ist heute einer Krise unterworfen. Fast jede Prägung jüdischer Spiritualität – vom Gelehrtentum über die Erneuerungsbewegung bis hin zu den grösseren und kleineren jüdischen Organisationen – ist berauscht von der Existenz des leiblichen Israel, seines Volkes und insbesondere dessen Beziehung zum eigenen Stück Erde.

Nach zweitausend Jahren entdecken die Juden den Jubel religiöser Erfahrung durch den Erdboden, durch die Sinne, durch das Leibliche. Dieses Erleben hat in der Geschichte der Religionen stets zu einer Verzerrung des reichen religiösen Erbes geführt, welches besonders tiefgehende ethische Verpflichtungen gegenüber Fremden – hebräisch *gerim* – kennt, die zwar einer anderen Kultur angehören, aber nun einmal dasselbe Land bewohnen.

Die biblischen Propheten wussten, dass diese Beziehung zum Boden zersetzend wirkt. Daher bestand der Test der Spiritualität ihres Volkes darin, ob es das Land und alle seine Bewohner gleichermaßen liebe, auch die Armen, die Landlosen und die Nichtjuden. Die Liebe zum Land und die Selbstbeherrschung sollten sich die Waage halten; eine Zurückhaltung gegenüber dem Rausch des Bodenbesitzes war gefordert, die im Wesentlichen den Sabbatgesetzen, den Zehntengesetzen, den Erlassjahren und anderen Formen der Ressourcenverteilung entsprach.

Hermann Cohen, einer der grössten jüdischen Philosophen dieses Jahrhunderts, erkannte die Gefahr, dass der Zionismus einen erneuten Rausch des Landbesitzes auslösen könnte. Aber angesichts der pausenlosen Judenverfolgungen seit den 1880er Jahren hatte er mit seiner These einen schweren Stand. Erfolgreich prangerten die Zionisten einen entkörperlichten Judaismus an, der bloss noch ein moralisch-geistliches Gesicht hatte. Sie wollten das von der alten Kirchendoktrin

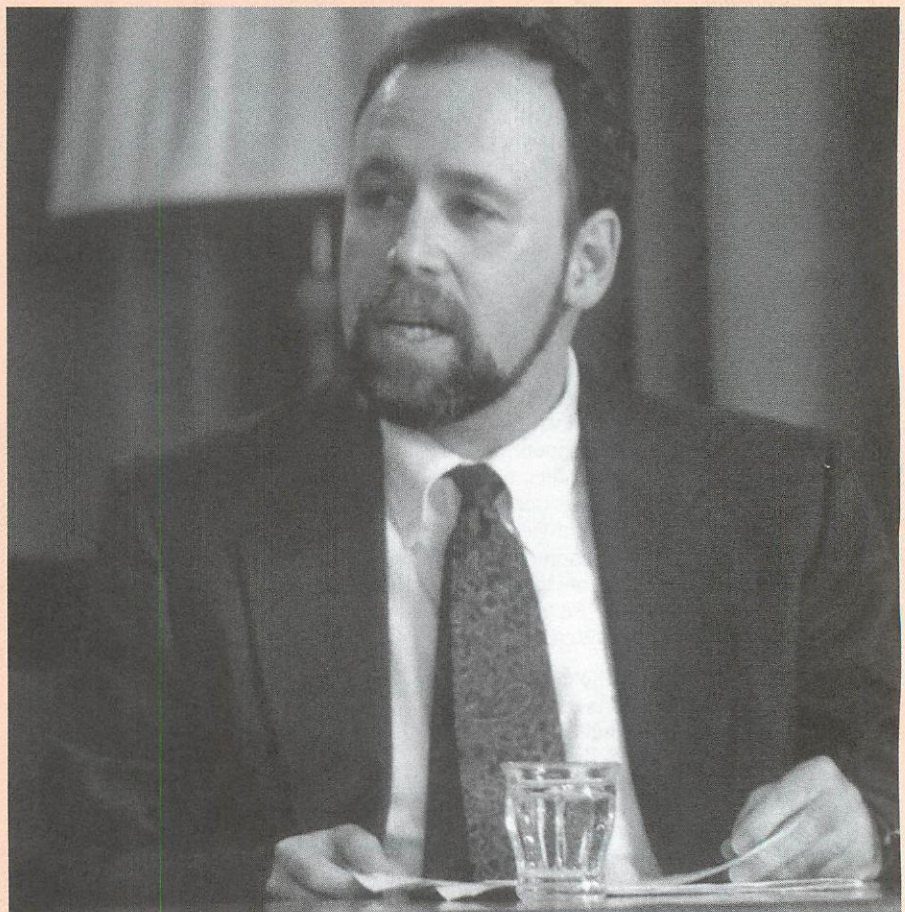
für uns Juden vorgezeichnete Schicksal eines wandernden, landlosen Volkes nicht auf uns ruhen lassen, eines Volkes, das einzig eine geistige Botschaft hat und dessen immerwährendes Los im Leiden besteht.

Worauf beruht Sicherheit?

Die gute Nachricht besteht heute darin, dass es in Israel mehr und mehr reli-

giöse Juden gibt, die wissen, dass mit dem religiösen Zionismus etwas schief gelaufen ist. Um unsere religiöse Moral wieder zu erlangen, müssen wir unsere Beziehung zum Boden grundlegend überprüfen. Aus strategischer Sicht beispielsweise verliert Land zunehmend an Bedeutung. Die Entwicklung der Raketentechnik und die wachsenden Möglichkeiten unkonventioneller (chemischer und bakterieller) Waffen haben die Sicherheit weggewischt, die ein eigenes Hoheitsgebiet früher bot. Im heutigen Kriegsgeschehen gibt es keine Schlachtfelder mehr. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass dieser althergebrachte Zweck des Landes überholt ist und dass Sicherheit nur auf zuverlässigen Beziehungen zu guten Nachbarn beruhen kann.

Die Liebe zum Land ist eine ursprüngliche Antwort des Menschen auf seine Umwelt; sie ist eine Quelle des Lebens und der Spiritualität. Diese Liebe zum Land bedarf aber weder des Besitzes noch



Rabbiner Marc Gopin

Die Zukunft der jüdischen Spiritualität im Zeitalter des Zionismus Marc Gopin

des Hoheitsanspruchs, um sich entfalten zu können. Wir haben uns von der Idee des Landbesitzes in Beschlag nehmen lassen, weil wir die Verfolgungen früherer Jahrhunderte, die Schmerzen der Vergangenheit mit einem einzigen Zugriff auf Land rückgängig machen wollten. Aber Landbesitz kann solchen Schaden nicht beheben. Die Vergangenheit bedarf der Trauerarbeit, sollte aber die moralischen Entscheidungen von heute nicht vergiften.

Die Legende

Zu Beginn dieses Jahrhunderts wirkte der israelische *Chaluz* (Pioniergeist) als ermutigender Mythos auf die meisten Juden. Es war eine neue Identität des Judentums, die in der Eroberung des Bodens, in der Schaffung des Kibbuz wurzelte. In mancher Hinsicht erwarteten jeweils die Siedler amerikanischer, russischer oder anderer Herkunft, die ins Westjordanland kamen, nun seien sie an der Reihe mit dem *Chaluz*-Mythos und in der Rolle des besitzergreifenden Pioniers. So entstand für uns eine ähnliche klassische koloniale Identität, wie sie die Amerikaner in der Besiedelung des Wilden Westens der USA fanden. Es ist eine berausende Mythologie, die vorgibt, Identität entstehe durch «Zähmen» einer Wildnis, und mit dem Besitz von Boden könnten wir die Gewaltanwendung, die zu seiner ersten Nutzbarmachung notwendig gewesen war, im Dunkel des Vergessens zurücklassen.

Doch genau diese Gewalt ist die Schwachstelle der alten *Chaluz*-Legende. Denn gemäss dieser Legende war das Land leer, «ein Land, welches eines Volkes bedarf – für ein Volk, das Land braucht». Die Tatsache, dass dieses Land nicht leer war und dass unsere Rückkehr dorthin den Palästinensern und andern Bewohnern schreckliches Leid und Demütigung brachte, bleibt eine tiefe, unverheilte Wunde im jüdischen Bewusstsein. Diese Tatsache läuft unserem Selbstverständnis zuwider. Die einfachste Behandlung dieser Wunde bestand darin, die Existenz der Palästinenser und ihr Trauma zu leugnen.

Der Linken in Israel – den Kindern des Kibbuz – obliegt die Verantwortung für diese Mythologie ebenso wie den Siedlern des Westjordanlandes. Beide Gruppen müssen in Israel eine neue Perspektive aufzeichnen: jene der Liebe zum Land, die eng verbunden ist mit einer Liebe zu

TIKKUN

the bimonthly Jewish critique of politics, culture & society

den jüdischen Werten der Mitmenschlichkeit, ohne jede Verbindung zu Eroberung und Besitzergreifen. Wir kommen nicht darum herum, den alten *Chaluz*-Mythos zu überarbeiten, die alte Idee des Landrausches zwar zu würdigen, sie dann aber hinter uns zu lassen.

Unser Bild vom Anderen

Der Schlüssel zu einer vernünftigen und anständigen Zukunft und zur Entdeckung des Kerns der jüdischen Spiritualität liegt in der Pflege unserer Beziehungen untereinander und zu den Fremden unter uns. Insbesondere der religiöse Zionismus muss sich der Tatsache eines neuen Bildes des Nichtjuden stellen. Der traditionelle Judaismus ist darin gefangen geblieben, den Nichtjuden entweder als *Chassidei umot haolam* (Gerechter unter den Völkern der Erde) zu betrachten, oder aber als verhassten Nachkommen von Esau und Amalek, der die Juden nur hassen und töten kann. Dies ist eine exilverhaftete, höchst lähmende Sicht des «Anderen». Die reale Welt besteht aus Menschen, die weder völlig gut und gerecht, noch völlig böse sind. Es gibt Menschen, die mich vielleicht gestern töten wollten, aber heute bereit sind, mit mir zu reden. Insbesondere müssen wir die Palästinenser, unsere nächsten Nachbarn, als Partner in der Suche nach echter, gegenseitiger Sicherheit ansehen. Egal wie zornig, gewalttätig oder aufgebracht sie sein mögen, uns bleibt keine andere Wahl, als alles zu tun, um eine neue Beziehung zu entwickeln und herbeizuverhandeln.

Die Wiederentdeckung der jüdischen Liebe für das leibliche Israel stellt verständlicherweise eine Heilungsphase für das jüdische Volk dar, weil sie sich mit den Wunden der Vergangenheit befasste. Durch die Verwechslung einer Wiederumarmung des Bodens mit dem mythologischen Drang nach Besitz und Eroberung eines «leeren» Landes haben wir

jedoch uns selbst neue Wunden zugefügt und damit auch die Palästinenser verwundet. Um diese Wunden zu heilen, muss das jüdische Volk als Ganzes lernen, die Liebe zum Land und die Wertschätzung aller Menschen auf einen Nenner zu bringen, die jüdische Seele ebenso zu umarmen wie den jüdischen Leib. Dann wird es auch der Seele der Nichtjuden gewahrt werden, insbesondere unserer palästinensischen Nachbarn, die das Land ebenso lieben wie wir und die genau wie wir zuviel von ihrer Kultur und ihren Werten im Kampf um jenes Land preisgegeben haben.

Die wahre Mutter

Als nächsten Schritt sollten wir uns gemeinsam mit den Palästinensern und all unsern Nachbarn der Sorge für dieses Land annehmen – uns um seine Bewässerung, seine Bodenschätze, seine Naturschönheiten kümmern – ohne davon besessen zu sein, was wem gehört. Insbesondere wäre eine Kriegsverhinderung durch den Aufbau von Vertrauensbeziehungen auf breiter Basis bei weitem die beste Art, den Boden für alle zu bewahren. Dieses gemeinsame Bemühen, das Land zu lieben und zu schützen, könnte, wenn es sich gut entwickelt, den psychologischen und geistlichen Unterbau für die bevorstehenden schwierigen Verhandlungen bilden.

Oft geht mir jene bekannte biblische Geschichte durch den Sinn, in welcher der König Salomo die wahre Mutter daran erkennt, dass sie bereit ist, ihr Kind loszulassen, damit es am Leben bleiben und gedeihen könne. Zweifellos hat das jüdische Volk alte Wurzeln am Westufer des Jordan. Aber eine echte Mutter dieses Landes wäre bereit, ihr exklusives Anrecht darauf aufzugeben, damit es überleben und gedeihen kann.

Der Schulinspektor schweigt

Grosseltern, Eltern und Lehrer – alle kamen sie, um mit Philippe Lobstein zu sprechen, dem ehemaligen Schulinspektor, weil sie sich Sorgen machen über die zunehmende Gewalt in den Schulen.

Und ihn wollten sie befragen, weil er in seinem neusten Buch auf einfache und verständliche Weise beschreibt, wie er in seinen Jahrzehnten als Primarschulinspektor seinen Glauben in seine erzieherische Praxis einbringen konnte. Unsere Korrespondentin Evelyne Seydoux, selber Englischlehrerin, hat einige Rosinen aus dem Gespräch gepickt:

Anstatt einen Polizisten hinter jeden potentiellen jungen Brandstifter zu stellen, gehe es ihm darum, die Kinder auf dem Weg zum inneren Horchen zu begleiten, durch das sie auch den Respekt für ihre Nächsten entdecken. Dies sei übrigens nur möglich, wenn die Jugendlichen auf diesem Weg von der Demut ihrer Eltern und Lehrpersonen unterstützt würden, «die selber wissen, dass sie nicht alles wissen, und deshalb auch bereit sind zu horchen». Es gehe hier also nicht um einen hilfreichen Trick zur Bändigung von Kindern, sondern vielmehr um «eine Lebensart, die wir anstreben und von der wir hoffen, dass sie Früchte trägt, deren Samen weit ausgestreut werden können».

Dieses Anliegen hat Philippe Lobstein dazu geführt, die *Association à l'Eveil de l'Education à la Responsabilité à l'Ecole (AERE)* zu gründen, welche Lehrer und Lehrerinnen Hilfsmittel für den Unter-

richt in Staatskunde und ziviler Verantwortung zur Verfügung stellt. In den staatlichen «Direktiven des Erziehungsministeriums für den Unterricht über moralische Rechte und zivile Verantwortung» steht folgende Anweisung: «Es sollen privilegierte Momente des Nachdenkens in den Unterricht eingebaut werden, während derer wir uns mit den Schülern Gedanken machen über das Leben in der Klasse, in der Familie, der Welt...» Das Material der AERE will Anregungen zur Gestaltung dieser «privilegierten Momente» geben.

Ein richtiger Flegel

Ein Kind stiehlt, ein anderes ist unfähig zu lesen: Solche konkreten Probleme benutzte Lobstein, um den Kindern vorzuschlagen, vor sich selbst und ihrem Gewissen mit ihm still zu werden und nachzudenken. Dies führte zu unerwarte-



«Kinder fühlen sich zuständig für das, was ihre Kameraden tun.»

ten Veränderungen: Als er zum Beispiel eines Tages vor einer Klasse zugab, wie er zu Hause aufgebraust sei, als ihn seine Frau wegen seiner Unordnung schalt, schlugen die Kinder nach einem Augenblick des Überlegens eine Putz- und Aufräumeaktion im Klassenzimmer vor, und einige führten die Initiative zu Hause gleich fort.

In der Diskussionsrunde wird auch die Frage der Beziehung zwischen den Eltern und dem Lehrpersonal gestellt. Eine Mutter erkundigt sich: «Was machen Sie mit Schülern, deren einzige Art sich zu wehren darin besteht, immer heftiger dreinzuschlagen?» Der Inspektor beschreibt einen seiner «Kunden», einen «richtigen Flegel», der vor allem für seine wiederholten Diebstähle bekannt war und vor dem sich die Klassenkameraden fürchteten. Als der Junge bei einem Klassengespräch zugab, er verhalte sich so, um sich für das Ausgelachtwerden zu rächen, verloren seine Kameraden die Angst vor ihm und wollten ihm sogar helfen.

«Sie haben mich nicht angeschrien!»

Eine Lehrerin bestätigt in der Gesprächsrunde, die Kinder verstünden die Idee des Innehaltens und Stillwerdens gut. Eines habe ihr kürzlich im Unterricht gesagt: «Gelt Lehrerin, die Stille beruht!»

Eine weitere Frage aus dem Kreis lautete: «Wie können denn Jugendliche, die ständig mit dem Walkman in den Ohren durch die Gegend laufen, die Praxis der Stille entdecken? Woher sollten sie eine andere Sprache erlernen als jene, die sie täglich um sich herum hören, und wie können sie sich den Mitschülern gegenüber anders verhalten als in der gewalttätigen Art, der sie selber täglich ausgesetzt sind?»

Eine Schuldirektorin in der Runde meint, wenige Tage zuvor habe sie einen Schüler in ihr Büro kommen lassen, der einen Lehrer während des Unterrichts grob beleidigt hatte. Sie beschreibt das Gespräch: «Als erstes bat ich ihn, die Hände aus den Hosentaschen zu nehmen und sich hinzusetzen: Er reagierte erstaunt. Dann schlug ich vor: «Jetzt wollen wir mal gemeinsam überlegen, was da zu tun sei, ohne uns aufzuregen.» Nach einem ruhigen Gespräch schloss ich: «Weisst du, so mit einem Lehrer sprechen geht einfach nicht. Ich möchte, dass du an

den nächsten drei Samstagen hier in der Schule arbeiten kommst.» Eine Viertelstunde nachdem er mein Büro verlassen hatte, kam er wieder: «Ich wollte mich bei Ihnen bedanken; Sie haben mich zwar bestraft, aber Sie haben mich nicht angeschrien.»

Zum Schluss meint der Inspektor: «Wir haben die Erfahrung gemacht, dass man von den Kindern durchaus verlangen kann, in einer schwierigen Situation Verantwortungsbewusst zu reagieren. Sogar jene, die nicht direkt in die Ereignisse verwickelt sind, fühlen sich zuständig für das, was ihre Kameraden tun. Erwachsene, administratives Personal, Schüler: alle sind gemeinsam verantwortlich. Es braucht Fragen wie: «Was kannst du beitragen, damit sich etwas ändert?» Das stimuliert die Schüler, da wollen sie mitmachen.»

Philippe Lobstein, «*Les silences de M. l'inspecteur*» (französische Originalfassung), erhältlich bei: Caux Edition, 1824 Caux

Kurs in Indien

Folgende Meldung erreichte uns von Deepak Ajwani aus Baroda:

Mit Unterstützung der australischen Körperschaft veranstaltet die indische MRA einen vierzigstägigen Kurs über «Wirksames Leben», an dem 15 Studierende aus fünf Ländern teilnehmen. Soeben kam ich von einer Woche im Hinterland des Teilstaates Gujarat zurück, wo wir Dörfer besuchten, in denen eine enorme Arbeit zur Rehabilitierung der Ureinwohner und der ausgebeuteten Tagelöhner geleistet wird. Einige der Begegnungen liessen uns sprachlos und regten uns dazu an, zu prüfen, wieweit unser eigenes Leben im humanitären Bereich wirksam sei. Dieses Erlebnis, bei dem ich als Dolmetscher wirkte, war notwendig, um uns mit den Lebensbedingungen von 70 Prozent der indischen Bevölkerung direkt zu konfrontieren. Auch mir selber hat der Besuch viel gebracht.

Anschliessend kam die Gruppe in meine Stadt. Hier staunten sie über die Vielfalt in unseren Einkaufsstrassen...

Medien- und Pressetag in London

Mahatma Gandhi soll einmal gesagt haben: «Das einzige Ziel des Journalismus sollte das Dienen sein.» Das Ziel heutiger Zeitungsmagnate scheint vor allem im Profit und im politischen Einfluss zu bestehen. Die Einstellung der Besitzer grosser Zeitungen war denn auch eines der durchleuchteten Themen an dem von der *Financial Times* organisierten «Medien- und Pressetag» vom 4. Februar in London.

Die Redaktoren einer Anzahl grösserer englischer Tageszeitungen sowie einem breiten politischen Spektrum angehörende Journalisten aus der ganzen Welt nahmen teil. Die ausländischen Vertreter kamen vor allem auf Initiative von William Porter, dem Vorsitzenden des «Internationalen Kommunikationsforums», welches den Anlass zusammen mit der *Financial Times* organisiert hatte.

Der eingangs zitierte Mahatma war der Ansicht, dass Pressekontrolle «nur dann eine wirkliche Chance hat, wenn sie von innen her kommt». Der Londoner Pressetag wurde zu einer erstaunlich tiefgreifenden und ehrlichen Gewissenserforschung im Blick auf die Notwendigkeit einer solchen «Kontrolle von innen». Es ging um Fragen wie: «Stimmt es, dass Zeitungsverleger durch oberflächlichen Inhalt die «Verdummung» ihrer Zeitschriften vorantreiben, im Bemühen, die Gunst jüngerer Leser und eines ganzen Marktsegments für sich zu gewinnen?» – «Welche Rolle kommt in einer Demokratie der freien Presse zu?» – «Haben Zeitungen und Radiostationen tatsächlich die ernsthafte Erforschung grösserer Zusammenhänge dem Personenkult geopfert?» und: «Was ist zu sagen über die beinahe besessene Art, mit der ein grosser Teil der Medien hauptsächlich über Sex, Pornographie und Lüsternheit berichtet und damit das grosse Geld macht?»

Der unverfälschende Spiegel

Will Hutton, Chefredakteur der Tageszeitung *The Observer*, wies darauf hin, dass die Briten im Durchschnitt 23 Stunden pro Woche damit verbringen, aus einer zunehmenden Auswahl von Pressemeldungen, Büchern und Fernsehsendungen Informationen aufzunehmen. Was ihm Sorge bereite, seien jene Presseleute, die wie ein Schwarm Heuschrecken während 48 Stunden über ein Ereignis herfielen, dann aber weiterzögen, «um

Den Medien Glauben schenken – oder besser nicht?

die Empfänger ihrer Informationen jeweils völlig zerschlagen und handlungsunfähig zurückzulassen.»

Der Kolumnist Graham Turner vom *Daily Telegraph* unterstrich, dass die verbreitete Meinung, Sex bringe die höchste Erfüllung schlechthin, die grosse Lüge der letzten fünfzig Jahre darstelle. Er warnte aber gleichzeitig vor den Moralisten, die selber «leere Gefässe» seien. «Als einer, der seine Frau bitten musste, ihm Verfehlungen auf eben diesem Gebiet zu verzeihen, spreche ich hier aus eher schmerzlicher eigener Erfahrung», fügte er hinzu.

Der BBC-Fernsehkommentator Martyn Lewis erinnerte an die «Pflicht der Medien, der Welt einen unverfälschenden Spiegel vorzuhalten». Eine kürzlich vorgenommene interne Umfrage über die BBC-Berichterstattungspolitik erklärt: «Eine scheinbar völlig auf Probleme fi-



London, Erscheinungsort der *Financial Times*

xierte Berichterstattung beginnt die Zuschauer abzuschrecken.» Abschliessend fordert der Bericht die Journalisten auf, früheren Berichten nachzugehen, «um zu sehen, wie sich diese Problemsituationen entwickelt haben und welche Lehren daraus gezogen werden können.»

In der Mehrzahl der Fälle gehe es bei diesen Problemen um Besitzanspruch und Profitdenken. Alan Rusbridger, Redaktor bei der Tageszeitung *The Guardian*, schlägt drei Grundregeln für die Presse vor:

- Kein Besitzer dürfe eine zu grosse Konzentration von Zeitschriften verursachen,
- ein Gesetz, das im Ausland wohnenden Grossfinanciers verbietet, eine Zeitung zu kaufen,
- Zeitungsbesitzer sollten aufgefordert werden, genauso Selbstkontrolle zu üben, wie sie von den Journalisten verlangt werde.

«Kein schlechtes Motto»

Der heute in Polen lebende, langjährige französische Berichtersteller und Journalist Bernard Margueritte unterstrich die wirtschaftliche Seite der Freiheit. «Heute

geht es darum, die moralische Dimension der Freiheit zu verstärken.» Wie sonst solle gute, inhaltsstarke Medienarbeit in einer materialistischen, hedonistischen Konsumgesellschaft überhaupt erblühen? Weiter gebe es heutzutage im Medienbereich keinen Platz für mittelmässige Arbeit. «Wenn ich etwas in der Medienwelt in Bewegung bringen und verändern will, muss ich (als Medienschaffender) zuerst bei mir selbst einen Veränderungsprozess zulassen.»

Der Konferenzvorsitzende, Lord Nolan, hatte eine von der britischen Regierung beauftragte Arbeitskommission geleitet, welche das Thema «Massstäbe und Richtlinien im öffentlichen Leben» untersucht hatte. Abschliessend habe diese Kommission die Ideale des öffentlichen guten Willens mit folgenden Begriffen zusammengefasst: «Ehrlichkeit, Offenheit, Zuverlässigkeit, Integrität, Führungsfähigkeit und Uneigennützigkeit». Dies sei «übrigens kein schlechtes Motto für jegliche Organisation». Auch Mut sei eine Qualität, derer ein Journalist bedürfe, wie auch Humor, Demut und ein Sinn für die wahren Proportionen der Ereignisse.

Michael Smith

Zutreffendes durchkreuzen - Marquer ce qui convient Porre una crocetta secondo il caso		Gestorben Décédé Decesso
Adresse ungenügend insuffisante Indirizzo in- sufficiente		Annahme verweigert Refusé Respinto
Abgereist Parti Partito	Unbekannt Inconnu Scono- scuito	

3-4/99

CAUX
Information

AZB 6002 Luzern 2